



Niederschrift

über die 8. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales vom
22.11.2011

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Thomas Suttrup

Zu der Sitzung war unter Mitteilung der Tagesordnung am 11.11.2011 eingeladen worden.

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Vorstellung des Projektes "Offenes Ohr"
Vorlage: FB 5/068/2011
2. 11. Änderungssatzung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren
Vorlage: FB 5/069/2011
3. Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017
Vorlage: FB 4/273/2011
4. Berichte
- 4.1. Ausgezahlte Zuschüsse im Jahr 2011 an Jugendgruppen, Jugendgruppen der Sportvereine, zur Musikförderung und für Übungsleitertätigkeiten
Vorlage: FB 4/264/2011
- 4.2. Einrichtung von Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets
Vorlage: FB 4/275/2011
5. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

6. Berichte
7. Anfragen

Öffentlicher Teil:**TOP 1) Vorstellung des Projektes "Offenes Ohr"****Vorlage: FB 5/068/2011**

Herr Kertelge stellt die Konzeption des „Offenen Ohres“ vor. Es handelt sich dabei um ein gemeinschaftliches Angebot der christlichen Kirchengemeinden in Lüdinghausen für hilfesusuchende Menschen. Fragen zur Gestaltung des Faltblatts, zur Finanzierung und zur Begleitung von Hilfefällen wurden beantwortet. Aus dem Ausschuss wurde angeregt, dass in einem Jahr ein weiterer Bericht über das „Offene Ohr“ erfolgen sollte.

Es wurde kein Beschluss gefasst, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2) 11. Änderungssatzung der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren**Vorlage: FB 5/069/2011**

Herr Auffenberg erläutert die vorgeschlagenen Änderungen. Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die 11. Änderungssatzung zu der Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen und die Erhebung von Benutzungsgebühren zu beschließen.

Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 3) Schulentwicklungsplanung 2012 bis 2017**Vorlage: FB 4/273/2011**

Vorab erklärt der Ausschussvorsitzende, dass abweichend von der Sitzungseinladung ein Beschluss gemäß vorliegendem Beschlussvorschlag heute nicht gefasst werden soll, sondern dass die Angelegenheit an den Stadtrat zur Entscheidung verwiesen werden soll.

Schulentwicklungsplaner Dr. Garbe erläutert anhand einer Powerpointpräsentation (Anlage) zunächst im Überblick das derzeitige Schulsystem in Nordrhein-Westfalen und im Folgenden die Möglichkeiten, die als Reaktion auf zurückgehende Schülerzahlen insbesondere an der Gemeinschaftshauptschule für die Schullandschaft in Lüdinghausen in Frage kommen würden.

Berechnet wurden die Szenarien zur Errichtung entweder einer Gesamtschule oder einer Sekundarschule ab dem Schuljahr 2013/2014 bei gleichzeitiger Auflösung (auslaufend) von Realschule und Gemeinschaftshauptschule.

Die gesetzliche Mindestschüleranzahl von mindestens 75 einheimischen Schülern für die Errichtung einer Sekundarschule und 100 einheimischen Schülern für die Errichtung einer Gesamtschule würde erreicht, so dass diese Anforderung für beide Schulformen erfüllt wäre.

Im Folgenden erläutert Herr Dr. Garbe die Auswirkungen auf die Schülerzahlenentwicklung der beiden Gymnasien St. Antonius-Gymnasium und Gymnasium Canisianum.

In der Betrachtung der derzeit zur Verfügung stehenden Gebäuderessourcen im Schulzentrum Realschule/Gemeinschaftshauptschule unter Berücksichtigung der jeweiligen Anforderungen für Sekundarschule und Gesamtschule wird deutlich, dass die Raumsituation für eine Sekundarschule – selbstverständlich unter dem Erfordernis von Umbaumaßnahmen – auskömmlich wäre, während die Unterbringung einer Gesamtschule mit einem Platzdefizit von ca. 760 m² verbunden wäre, so dass Baumaßnahmen in einem Umfang von etwa drei Millionen € erforderlich würden.

Fragen der Ausschussmitglieder zu den dargestellten Prognosen, den beiden Schulformen und den Zahlen der Präsentation werden beantwortet. Der Ausschussvorsitzende erteilt mit Einverständnis des Ausschusses auch weiteren Anwesenden aus dem Publikum das Wort.

Stv. Schnittker fragt an, ob die prognostizierten Zahlen verändert werden könnten, wenn sich eines der beiden Gymnasien von dem jetzt gewählten Weg, die Schüler in 8 Jahren zum Abitur zu führen, auf die Variante, die Konzeption des Gymnasiums wieder auf 9 Schuljahre umzustellen, umentscheiden würde. Herr Dr. Garbe erklärt, dass dies eine Entscheidung der Schule sei, auf die der Schulträger keinen Einfluss habe. Des Weiteren sei die Entscheidung darüber bereits erfolgt.

Aus dem Ausschuss wird nach der künftigen personellen Ausstattung der beiden Schulen nachgefragt. Im Falle, dass eine neue Schule errichtet würde, so führt Herr Dr. Garbe aus, müssten sich die Lehrkräfte der beiden aufzulösenden Schulen neu bewerben.

Über die Unterschiede zwischen den Voraussetzungen und Konzeptionen von Gesamtschule und Sekundarschule verweist Herr Dr. Garbe auf aktuelle Veröffentlichungen im Bildungsportal des Ministeriums. Die angesprochene Veröffentlichung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Realschulleiter Dr. Biehle fragt nach, in wie weit die Existenz weiterer Gesamtschulen in den Nachbarkommunen der Errichtung einer neuen Schule in Lüdinghausen entgegenstehen würde. Herr Dr. Garbe erläutert, dass ein interkommunaler Konsens erzielt werden müsste – die endgültige Entscheidung darüber läge bei der Bezirksregierung.

Grundsätzlich, so Dr. Garbe, sei eine wichtige Grundfrage für die Entscheidung, in wie weit in Lüdinghausen neben den beiden Gymnasien und dem Berufskolleg noch eine weitere Sekundarstufe II benötigt würde.

Hauptschulleiterin Derpmann fragt an, ob eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschule in Form einer Realschule mit Hauptschulzweig keine Alternative sei. Herr Dr. Garbe erklärt, dass diese Variante im Rahmen des Schulkonsenses abgeschafft worden sei. Die hier dargestellten Schulformen stellten nach dem geltenden Recht die einzigen Alternativen zum jetzigen Schulangebot dar.

Stv. Bontrup fragt an, ob das Richard-von-Weizsäcker-Berufskolleg in die Berechnungen und Prognosen mit einbezogen worden sei. Herr Dr. Garbe erklärt, dass diese Schulform hier unberücksichtigt bleibe, weil bei ihm eine Prognose für die städtischen Schulen in Lüdinghausen in Auftrag gegeben worden sei. In der Entscheidung über die Errichtung einer Sekundarschule oder Gesamtschule würden diese Zahlen auch nicht einbezogen, so sei derzeit die Rechtslage.

Stv. Höring fragt nach der Anzahl der erforderlichen Computerräume in den dargestellten Szenarien für die künftige Ausstattung von Gesamtschule/Sekundarschule. Herr Dr. Garbe erläutert, dass seiner Auffassung nach bereits jetzt der Realschule ein Computerraum fehle und dass er dieses Fehlen im Rahmen der angestellten Berechnungen einbezogen habe.

Stv. Krüger fragt, ob sich Herr Dr. Garbe bei der Analyse des Raumbedarfes nicht immer ausschließlich an den gesetzlichen Vorgaben der Grundsätze über das Aufstellen von Raumprogrammen orientiert habe, sondern davon abweichende Vorgaben und Erfordernisse selbst eingefügt habe. Herr Dr. Garbe bestätigt dies und erläutert, dass er aus seiner gutachterlichen Sicht die fehlenden gesetzlichen Vorgaben in vielen schulischen Bereichen durch praxisbezogene und pädagogisch begründete Notwendigkeiten ergänzt habe.

Zum weiteren Vorgehen erklärt Herr Dr. Garbe, dass jetzt zunächst in den Fraktionen eine Annäherung an die Thematik erfolgen müsste.

Anfang Dezember wird von Dr. Garbe ein Eckpunktepapier zum Schulentwicklungsplan vorgelegt, das von der Verwaltung schnellstmöglich an alle Fraktionen weiter geleitet wird.

In der Sitzung des Stadtrates am 20.12.2011 soll dann eine grundsätzliche Entscheidung erfolgen, ob es bei der Schullandschaft, wie sie jetzt besteht, bleiben soll oder ob sich die Stadt Lüdinghausen auf den Weg machen möchte, die Errichtung einer der vorgestellten Schulformen anzustreben.

Stv. Havermeier regt die Gründung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe in Vorbereitung auf die Entscheidung an. Die Einrichtung einer solchen Gruppe wird nicht beschlossen; die Verwaltung sagt aber zu, eine solche Gruppe zu installieren, wenn sich die Notwendigkeit im Vorfeld der Ratseinscheidung stellt.

Eine Entscheidung entsprechend dem Beschlussvorschlag wird heute nicht getroffen. Die Angelegenheit wird im Rat weiter beraten.

Es wird kein Beschluss gefasst.

TOP 4) Berichte

TOP 4.1) Ausgezahlte Zuschüsse im Jahr 2011 an Jugendgruppen, Jugendgruppen der Sportvereine, zur Musikförderung und für Übungsleitertätigkeiten Vorlage: FB 4/264/2011

- siehe Anlage -

TOP 4.2) Einrichtung von Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets Vorlage: FB 4/275/2011

- siehe Anlage -

TOP 5) Anfragen

SkB Mönning fragt an, wie mit dem Hausmeisterhaus an der Gemeinschaftshauptschule nun weiter verfahren werde. Bürgermeister Borgmann erklärt, dass inzwischen eine Vermietung des Gebäudes beabsichtigt ist, so dass Haus und Grundstück künftig wieder gepflegt würden.

Nichtöffentlicher Teil:**TOP 6) Berichte**

keine

TOP 7) Anfragen

keine

Thomas Suttrup
Vorsitzende/r

Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 8. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales

der Stadt Lüdinghausen am 22.11.2011

anwesend:

CDU-Fraktion

Höring, Volker	
Kasberg, Bertholt	
Krüger, Doris	
Schäper, Gabriele	
Schnittker, Alois	
Suttrup, Thomas	
Tüns, Dieter	
Vörding, Claudia	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Havermeier, Susanne	
Kleyboldt, Josephine	
Kocar, Karl-Heinz	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haase, Mathilde	
Möller, Norbert	
Mönning, Annette	

UWG-Fraktion

Bontrup, Florian	
Kestermann, Thomas	für Dr. Wolfgang Wischnewski
Wischnewski, Susanne	

FDP-Fraktion

Schäfer, Sabine	
Schotten, Peter Dr.	

Beratende Mitglieder

Kreutz, Stephan	
-----------------	--

Entschuldigt:**UWG-Fraktion**

Wischnewski, Wolfgang Dr.	
---------------------------	--

Beratende Mitglieder

Kleinewiese, Reinhard	
-----------------------	--